

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 4. Juni 1894.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler
G. L. Dabbe, Invalidentend. Berlin Bernh. Arndt, Max
Germann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 4. Juni. Die „Nat.-Kb. Korresp.“
schreibt:

Die Vorschriften über die Sonntagsruhe im
Handelsgewerbe sind nun fast zwei Jahre in Kraft,
aber der aufmerksame Beobachter wird nicht be-
haupten können, daß die Zufriedenheit mit der
Einrichtung im Wesentlichen sei. Auch derjenige,
welcher den Grundgedanken vollkommen billigt,
kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß die
Ausführung desselben inmitten der mannigfaltigen
Interessen des wirklichen Lebens auf Schwierig-
keiten stößt, die auf die Dauer kaum zu über-
winden sein werden. In Berlin haben jüngst zwei
interessante Prozesse stattgefunden. In dem einen
wurde ein großer Milchhändler zur Verantwortung
gezogen, weil er zwar die Abtragung von Milch
von seinen umherfahrenden Wagen an die Kunden
punkt 10 Uhr am Sonntag Morgen einstellen
ließ, die Wagen aber erst nach 10 Uhr nach seinem
Gute zurückkehrten ließ. Es wurde angenommen,
daß die Führer der Wagen als im Handelsgewerbe
beschäftigt zwischen 10 und 12 Uhr nicht in
Thätigkeit sein dürften, und der Beklagte dem-
gemäß verurtheilt. In dem andern Falle handelt
es sich um einen Konditor, der in den letzten
Nachmittagsstunden eine Torte hatte austragen
lassen. Der erfolgte Freispruch, weil nachge-
wiesen werden konnte, daß der Austräger der
Torte bei dem Konditor nicht als Gehilfe in dem
Handelsgewerbe, sondern als Haus-
diener angestellt war, also unter der Gehebe-
ordnung fiel. Es fragt sich nun, ob der Milch-
händler nicht auch eine Form finden könnte, nach
welcher die Milchwagenführer ebenfalls als Ge-
hebe zu betrachten wären. Wir führen diese Fälle
an, einerseits, um an einem konkreten Beispiele zu
zeigen, zu wie wunderlichen Folgen die Hand-
habung der Gesetzesbestimmungen führt, andererseits
aber, um von neuem darauf hinzuweisen, daß
dasjenige, was im Publikum Verwirrung und
Unzufriedenheit erregt, meistens nicht das Gesetz
selbst, sondern eben die Handhabung desselben ist.
Der § 105 e der Gewerbeordnung giebt der höheren
Verwaltungsbehörde vollkommen ausreichende Be-
 fugnis zu Ausnahmemaßregeln, wie sie für den
Handel sowohl mit Milch wie mit Konditor-
waren durchaus angezeigt wären, in Folge der
engstirnigen und schablonenhaften Ausführungs-
verordnung des preussischen Handelsministers aber
nicht zur Anwendung gebracht werden dürfen.
Für eine gründliche Revision dieser Verordnung
dürfte die Zeit nachgerade gekommen sein. Gegen
das Gesetz selbst richten sich im Wesentlichen nur
an einem Punkte Beschwerden, hier aber auch in
zunehmendem Maße, wir meinen das vollständige
Verbot des Offenhaltens der Läden an den Sonntags-
nachmittagen und Sonntagsabenden. Die Re-
gierungsverordnungen bezwecken bekanntlich nur das Ver-
bot der Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen;
die Vorchrift, welche die gänzliche
Schließung der Geschäfte während der Zeit, in
welcher Gehilfen und Lehrlinge nicht beschäftigt
werden dürfen, anordnet, ist erst durch den Reichs-
tag in das Gesetz gebracht, ganz außerhalb des
Rahmens eines Arbeitervertragsgesetzes. Aus den
Kreisen der kleinen und kleinsten Kaufleute, welche
nebst ihren Familienangehörigen selbst mit zu ver-
kaufen pflegen, hört man nun immer lebhafter die
Klage über ungerechte Härte, und namentlich in
den kleinen Kaufhäusern beschwert man sich, daß
das Gebot des Ladenstillhaltens lediglich dem Haus-
handel zu Gute komme. Dieser Beschwerde wird
man sich nicht verschließen dürfen, am wenigsten
denjenigen, welche den Schutz des schäbsten Kauf-
manns und des Mittelstandes überhaupt immer
so laut im Munde führen.

— Aus Kassel wird der „Nat.-Kb.“ ge-
schrieben: Die Nachricht, daß heftige Mitglieder
des Abgeordnetenhauses sich bei dem Finanzminister
für einen Ausgleich mit dem Altkollegium des
letzten Kurfürsten verwendet haben, hat hier bei
solchen, denen die früheren kurfürstlichen Verhält-
nisse noch vor Augen stehen, Verwundern erregt.
Es handelt sich ohne Zweifel um den Ertrag der
Einkünfte des während der Jahre 1869 bis 1874
mit Beschlag belegten kurfürstlichen Vermögens.
Bekanntlich sind diese Einkünfte größtentheils zu
Bauten und ähnlichen Zwecken verwendet worden,
die dem Hefflande zum Nutzen und zur Freude
gereichen. Schon bei der Verathung über die
Beschlagnahme hatte Fürst Bismarck erklärt, daß
er eine verwerfliche Verwendung beschuldige. Er
sollte eine Sühne dafür sein, daß der Kurfürst
während seiner ganzen Regierungszeit alle dem
Lande geschuldeten Verpflichtungen schone hintan-
gesetzt hatte. Unzweifelhaft hat auf diese Weise
die preussische Regierung dem Hefflande eine
große Wohlthat erwiesen wollen und auch er-
wiesen. Andererseits hat sich die Familie des
Kurfürsten niemals im Lande besonderer Sympa-
thien erfreut. Mit den Familienverhältnissen des
Kurfürsten hing das viele Unglück nahe zu-
ammen, das während seiner Regierung das Land
betroffen hat. Das ganze Streben des Kurfürsten
war darauf gerichtet, für seine aus morganati-
scher Ehe stammenden Kinder zu sorgen. Aus
den Erbprinzen wurde unter Anderem die reiche
Herzogin Prinzessin von Bayern angeheiratet, die
als Fideikommiß sich jetzt im Besitze des dritten
Sohnes des Kurfürsten befindet. Trotz der fünf-
jährigen Beschlagnahme seines Vermögens hinter-
ließ der Kurfürst bei seinem im Januar 1875 er-
folgten Tode noch ein Vermögen von mehr als
7 Millionen Mark, das seinen Kindern zufiel.
Auch die einige Jahre später verstorbene Gemahlin
des Kurfürsten hat ihren Kindern noch ein ganz
ansehnliches Vermögen hinterlassen. In noch
find also die Altkollegen nicht. Wie man nun
auch über die Rechtsfrage des von ihnen er-
höhten Anspruchs denken mag, so ist es doch
jedenfalls eine sonderbare Art von Dankbarkeit
für die dem Lande erwiesenen Wohlthaten, wenn jetzt
die heftigen Vertreter des Landes es der Re-
gierung gleichsam zum Vorwurf machen, daß sie
die Einkünfte zum Nutzen des Landes verwendet
habe, und von ihr verlangen, daß sie diese noch
einmal an die Erben herauszahle. Die Sache ist
nur zu verstehen, wenn man weiß, daß sich ein
neues, den früheren heftischen Verhältnissen fremd
gewordenes Geschlecht in die Vertretung des Heff-
landes hineingeschoben hat. Vor zwanzig Jahren
war von den heftischen Abgeordneten nicht ein Einziger
für eine solche Verwendung zu haben gewesen.

— Ueber die Höhe der zulässigen Ab-
schreibungen bei der Selbstbeschaffung zur Staats-
einkommensteuer, über die in den Kreisen der
Handels- und Gewerbetreibenden zufolge der be-
zogenen gesetzlichen Vorschriften ungenügend noch
mancherlei Zweifel bestehen, ist an die Steuerbe-

örden ein Ministerialerlaß ergangen, aus dem
wir den nachstehenden, die wichtigsten Grundsätze
für die Abschreibungen darlegenden Abschnitt her-
vorheben:

1. Abschreibungen auf den Werth zeitlich be-
grenzter Unternehmungen zum Zwecke der Amorti-
sation des angelegten Kapitals sind nicht ge-
stattet. 2. Aus den Erkenntnissen vom 31. Mai
und 10. Juni 1893 ergibt sich die Folgerung,
daß die Abschreibungen dazu bestimmt sind, die
Wiederherstellung des Werthes auszugleichen, welche
Gegenstände bestimmter Art im Laufe des letzten
Jahres erlitten haben. Um eine Abschreibung als
zulässig erscheinen zu lassen, genügt mithin nicht
immer schon, daß die Gegenstände, z. B. die aus-
stehenden Forderungen, entsprechend der dem
Steuerpflichtigen durch den Artikel 31 des
Handelsgesetzbuchs auferlegten Verpflichtung, nach
Bornaahme der Abschreibung in der Bilanz mit
dem zur Zeit der Bilanzaufnahme ihnen zuto-
menden Werthe, und nicht etwa niedriger ange-
setzt sind, es ist vielmehr, wenn die besonderen
Umstände des Falles dazu Veranlassung geben,
auch zu prüfen, ob auf die Gegenstände nicht in
den Vorjahren zu geringe Absetzungen gemacht
und sie in Folge dessen zu hoch bewertet aus der
Bilanz übernommen worden sind. 3. Bei Ge-
bäuden ist für die Höhe der Abschreibung lediglich
maßgebend die Minderung des Baupreises der-
selben, nicht etwa auch eine durch Veränderung
äußerer wirtschaftlicher Verhältnisse bedingte
eventuelle Minderung ihrer Verwerthbarkeit. Aus
dem gleichen Grunde würde keine Berücksichtigung
finden können, wenn in Folge allgemeinen Preis-
rückganges oder ähnlicher Umstände der Verkaufs-
werth der Gebäude ein geringerer geworden ist.
4. Von besonderer Bedeutung für eine zutreffende
Veranlagung ist es, daß solche Ausgaben, zu deren
Freisetzung die Abschreibungen zugelassen sind, bei
ihrem Eintreten von dem steuerpflichtigen Ein-
kommen nicht in Abzug gelangen. Haben also
auf den Buchwerth eines Gebäudes Absetzungen
stattgefunden, so dürfen bei dem Neubau desselben
die Baukosten nicht als Betriebsausgaben in Ab-
zug gebracht werden, es sei denn, daß ein ent-
sprechender Gegenwerth in die Aktivseite der Bil-
anz, also auf Bankkonto, eingesetzt worden ist.

— Wie die „N. Z.“ hört, hat das preussische
Staatsministerium nunmehr die Grundzüge des
Entwurfs genehmigt, welchen die Reichs-Postver-
waltung zur demnächstigen Einführung eines
neuen Tarifs für die Beförderung der Zeitungen
durch die Post ausgearbeitet hatte, insbesondere
hat es die von der Reichs-Postverwaltung ver-
fochtenen Grundsätze gebilligt, daß der Tarif
einerlei Rücksicht auf die politische Haltung der
einzelnen Zeitungen zu nehmen und daß er im
Gegensatz zum jetzigen Tarif die Gebühren der
Post für die Zeitungsbeförderungen in ein ge-
rechtes Verhältnis zu den Leistungen der Post
zu bringen habe. In einzelnen Nebenpunkten hat
aber das Staatsministerium Änderungen des
Entwurfs gewünscht, die jetzt im Reichs-Postamt
ausgearbeitet werden müssen. Da es sich um die
überaus mannigfaltigen Verhältnisse von etwa
hunderttausend deutschen Zeitungen handelt, die ein-
gehendste Berücksichtigung verlangen, so dürfte
die Ausarbeitung wohl noch längere Zeit be-
schäftigen.

— Der Erlaß des Kriegsministeriums,
wonach den ausgedienten Mannschaften bei der
Entlassung nach zweijährigem Dienst ein so-
 genannter Reserve-Auszug nicht mehr als Eigentum
mitgegeben werden soll, hat von vornherein die
Bestimmung enthalten, daß denen, die sich nicht
rechtzeitig mit Zivilkleidern haben versehen können,
ein Reserve-Auszug gegen Rücksendungsverpflichtung
mitgegeben wird; ebenso kann nachweisbar gänzlich
Unbediensteten ein ausgearbeiteter Auszug als
Eigentum belassen werden. Die Notwendigkeit
dieser Maßregel wird von allen Seiten anerkannt
werden, die mit unserer Heeresverwaltung ver-
traut sind; denn es leuchtet ein, daß es bei der
erhöhten Friedensstärke und abgelaufenen Dienstzeit
auf die Dauer unmöglich ist, vollständig ausge-
rüstete Ställe in genügender Anzahl zu beschaffen.
Will man aber die Belassung eines Reserve-Au-
zuges als Eigentum auf die Dauer beibehalten,
so würde dies nicht unerhebliche Mehrkosten ver-
ursachen.

— Ueber die Promotionen auf den preussischen
Universitäten berichtet die „Stat. Korresp.“:
„Auf den neun preussischen Universitäten
und der Akademie zu Münster sind in den 25
Semestern von Michaelis 1879 bis Ostern 1892
im Ganzen 9706 Doktoranden rite zum Doktor
promovirt worden, wobei die in den theologischen
Fakultäten zu Vicariatsgrade Beförderungen mit
eingerechnet sind. Außerdem sind in der gleichen
Zeit noch 376 Ehrenpromotionen vorgenommen.
An Ehrenpromotionen war am reichsten das Jahr
von Michaelis 1883 bis dahin 1884; auf dieses
entfielen 86 solcher Ehrenbezeichnungen, und von
ihnen hat Halle allein 25 verliehen. Eine noch
höhere Ziffer weist Göttingen für das Jahr von
Ostern 1887/88 auf, nämlich 33. Die einzelnen
Universitäten und Fakultäten find nicht in gleichem
Grade freigebig mit dem Ehrendoktor, und auch
dann noch machen sich erhebliche Unterschiede be-
merkbar, wenn man die aus besonderen Anlässen
hervorgegangene gelegentliche Häufung solcher
Ehrenurtheile ansieht. Die 9706 nie Pro-
muvirten, deren Zahl und Vertheilung manche
Einsicht auf unsere Universitätsverhältnisse
wirft, stammen von verschiedenen, theilweise wohl
auch preussischen Universitäten; ein Theil der
Doktoranden hat auch nicht an der Universität
studirt, bei der er die Doktorwürde erwirbt. In
welchem Umfange dies vorkommt, ist ziffermäßig
nicht bekannt. Der Grad, in dem es geschieht,
läßt sich aber einigermaßen sicher ableiten aus
dem Verhältnisse der Promovirten zu der Durch-
schnittszahl der Studierenden jeder Universität.
Kiel und Göttingen promoviren verhältnismäßig
die meisten Doktoren; Greifswald, Halle und
Marburg treten etwas zurück, noch mehr Bonn.
In Kiel und Göttingen promoviren im Vergleich
zur Studierendenzahl 2½ mal so viel als in Berlin
oder Königsberg. Ganz besonders gering ist die
Promovirungsziffer in Breslau (die gleich niedrige
Ziffer für Münster hat wegen der katholischen
theologischen Fakultät nicht aufzuführen). Bres-
lau und Königsberg haben eine im Ganzen
ärmere Studentenschaft als die anderen Univer-
sitäten oder die meisten davon. Da die Erwerbung
der akademischen Würde (außer der wissenschaft-
lichen Leistung) Geld und noch einmal Geld
kostet, so kann man sich deshalb die niedrigen
Ziffern für diese beiden Universitäten wohl er-
klären. In Breslau tritt außerdem noch der Ein-

fluß der katholisch-theologischen Fakultät hinzu,
die nicht viel Promotionen liefert, ein Umstand,
der wohl auch für Bonn maßgebend ist. Bei
den übrigen Universitäten kommen besondere
Gründe für die Bevorzugung der einen oder der
anderen zur Promotion in Betracht, und zwar
sind diese Gründe nach den Fakultäten ver-
schieden.

Hamburg, 2. Juni. Der Regierungspräsident
hat mit Rücksicht auf die Choleraerkrankungen in
den russisch-polnischen Grenzgebieten und Myslo-
witz jeden eine Einschränkung des Grenzverkehrs
insoweit angeordnet, als keine Wallfahrten statt-
finden, keine Bälle mehr ausgegeben werden dür-
fen. Gleichzeitig hat der Präsident die russischen
Grenzbehörden ersucht, dieselben Maßregeln schlen-
digen anzunehmen.

Hamburg, 2. Juni. Wie die „Hamburgische
Börse“ erfährt, hat die Besprechung der
Hamburger Delegirten in Berlin über die Ham-
burger Zentralbahnhofsfrage ein durchaus nega-
tives Resultat gehabt. Die preussische Re-
gierung lehnte die finanzielle Mitwirkung ab und
stellte Bedingungen, die notwendig dazu führen,
daß die Eisenbahn vom Projekt gänzlich abgesehen
werden muß.

Stuttgart, 2. Juni. Bürgermeister Hegel-
meier in Heilbronn hat eine außerordentliche Nie-
derländische Gemeinderathssitzung auf den 6. Juni
anberaumt. Einziger Gegenstand der Tagesor-
dnung ist der Rücktritt des Stadtvorstandes unter
der Bedingung der Bewilligung der verlangten
Pension von 5000 Mark.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 2. Juni. Bester Nachrichten zufolge
lehnte Stefan Tisza das Finanzprojekt ab, in-
dem er erklärte, daß er überhaupt nicht gekommen
sei, in das Kabinett einzutreten. Ebenso wies der
Präsident des Abgeordnetenhauses, Banffy, das
ihm zugedachte Portfeuille des Innern mit der
größten Entschiedenheit zurück. In der liberalen
Partei herrscht Verstimmung darüber, daß weder
seitens der Krone noch seitens Khuen Hebrvary
es für möglich erachtet worden ist, mit der Partei
in Fühlung zu treten, ehe Khuen Hebrvary die
Mission übernahm. Deshalb wird auch die Mehr-
heit eine zurechtweisende Stellung empfehlen. Aus
allen Symptomen geht hervor, wie berechtigt die
gestern ausgesprochenen Zweifel waren, daß die
Kabinettsbildung Hebrvary gelingen werde. So-
eben kommen ernsthafte Gerüchte aus Pest, Wele-
re, falls Hebrvary bis Montag Abend keinen
positiven Erfolg habe, neuerdings Verurteilung an
den Kaiser einlegen, um die Regierungsgeschäfte
wieder zu übernehmen.

Wien, 3. Juni. Wie das „Fremdenblatt“
und das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Pest mel-
den, hat der Baron Graf Khuen Hebrvary einem
Besucher gegenüber geäußert, er betrachte seine
Mission nahezu als gescheitert. Dem „Magyar
Ujsag“ zufolge hätte Graf Khuen Hebrvary be-
reits an den Kaiser telegraphirt, daß er unter den
obwaltenden Umständen nicht in der Lage sei, ein
Kabinett zu bilden.

Wie der „N. Fr. Pr.“ aus Petersburg ge-
meldet wird, hatte Rußland unentgeltlich und ent-
schlossen daran, den Fürsten Ferdinand von
Bulgarien unter seinen Umständen anzuerkennen.
Dagegen erblickten leitende Kreise in der Demission
Stambulows keine Verhütung freundlicher Ge-
sinnung Oesterreichs gegen Rußland und schöp-
fen daraus auch die Zuversicht, daß ein Konflikt der
Mächte wegen der Vorgänge auf der Balkanhal-
binsel undenkbar sei. Rußland denke keinesfalls an
eine Einmischung.

Triest, 3. Juni. Der Seebezirks-Komman-
dant Konte-Admiral Conte Cassini gab gestern
Abend zu Ehren der hier anwesenden britischen
Schiffsbesatzung ein Galadiner, an welchem auch
der Statthalter Ritter v. Rinalbini Theil nahm.
Cassini brachte einen Trinkspruch auf die Königin
von England und das Wöhen der britischen Ma-
rine aus. Der Kommandant der englischen Di-
vision Kapitän Wilson betonte in seiner Erwir-
bung die besondere Sympathie zwischen der öster-
reichischen und der britischen Marine und schloß
mit einem Hoch auf den Kaiser Franz Joseph.

Pest, 2. Juni. In der heute Abend stattge-
habten Konferenz der liberalen Partei berichtete
Weleke, daß die Krone seine Unterbreitung, be-
treffend den Paragrafen, nicht angenommen, und
das Kabinett demzufolge demissionirt habe. Hier-
auf brachte der Abgeordnete Daranay einen Be-
schlußantrag ein, nach welchem die Partei an dem
ganzen freipolitischen Programm unentwegt fest-
halte. Die Partei spreche ihr patriotisches Be-
wahren über den Rücktritt der Regierung aus,
danke derselben für ihre mündliche Haltung, er-
kläre ihre unerschütterliche Anhänglichkeit und ihr
Vertrauen gegenüber der abgetretenen Regierung
und fordere den Ministerpräsidenten und die Mi-
nister auf, die Führung der Partei weiter zu be-
halten. Der Antrag wurde einstimmig angenom-
men. Dr. Weleke dankte für das ihm und
seinen Kollegen bezeugte Vertrauen und erklärte es
als Pflicht, für die Prinzipien der Partei weiter
zu kämpfen, umso mehr als nicht persönliche An-
sprüche, sondern Prinzipien sie leiten; sie nehmen
die Führerschaft an und sie verpflichten sich, im
Kampfe auszuhalten. (Begeisterter Applaus.)

Pest, 3. Juni. Fast sämtliche Blätter
drücken ihre Ansicht dahin aus, daß nach dem
gefallenen Beschlusse des liberalen Klubs die Mission
des Grafen Khuen Hebrvary gescheitert sei.

Frankreich.

So sehr die Diplomaten und Beschwichti-
gungshörtriche sich auch bemühen, zu verführen
zu beruhigen, der Lärm über Turpins neue
Nordmarche will kein Ende nehmen, und wenn
es sich wirklich nur um eine Neleame handelt, so
ist selten ein Streich glücklicher ausgefallen und
ausgeführt worden. An Thatsächlichkeiten ist heute
nachzutragen, daß in Brüssel niemand die ange-
blich von Turpin gebildete Gesellschaft zur Ausbeu-
tung seiner Erfindung kennen will, was freilich
kein Beweis dafür ist, daß sie nicht besteht oder
im Entstehen begriffen ist. Ferner soll Turpin
einem Reporter einen halben Blick unter den
Schleier seines Geheimnisses gegönnt und ihm er-
zählt haben, sein Verfahren beruhe darauf, daß er
die flüssig gemachten Gase in Aluminiumröhren
mittels eines elektrischen Stromes verflüchtige.
Diese leichten Röhre könnten auf einfachen Han-
delswegen aufgestellt und von ihnen aus die
Röhren mit Gasen überströmt werden. Zugleich
hat sich wiederum ein Sachverständiger, der be-
rühmte Pariser Chemiker Berthelot, zum Wort
gemeldet. Im Allgemeinen urtheilt auch er ab-
fällig über das angebliche Verfahren Turpins,

macht jedoch als kluger Mann seine Vorbehalte,
da die Erfindung noch nicht bekannt sei. Er
meint, wohl mit Recht, der angebliche Erfolg der
Fäcchermittel Turpins, einen Raum von
20 000 Quadratmetern mit Gasen zu über-
schütten, sei nichts außergewöhnliches, derselbe
Erfolg könne auch mit dem Maximingehäls erreicht
werden. Auf die Verwendung flüssig gemachter
Gase seien seit 1838 sieben bis acht Patente aus-
gestellt worden. Mit verflüchtigten Gasen erziele
man aber im Gewehr höchstens einen Druck von
80—100 Atmosphären, während beim rauchlosen
Pulver der Druck 800 Atmosphären stark sei und
in den Kanonen auf 2500 Atmosphären gesteigert
werden könne. Außerdem werde die Triebkraft
durch die sich bei der Verflüchtigung der Gase er-
gebende Temperaturverminderung noch beträchtlich
herabgesetzt. Zugewiesen hatte die französische
Presse begonnen, die Turpinische Kugelförge be-
reits zu einem Angriff gegen alle möglichen Ver-
sicherungen zu verwenden; sie wird bald vor dem
Gefolge, halb vor dem Kriegsministerium, dem
Grave Campanons, der Wohnung Freichnets und
anderen Orten aufgeföhren. Interessanter aber als
diese stets sich wiederholende Suche nach dem
Sündenbock ist die Haltung, welche die franzö-
sische Regierung jetzt und früher dem Erfinder
Turpin gegenüber beobachtet hat. Im Jahre
1885 bot Turpin dem französischen Kriegs-
ministerium zum ersten Male seine Erfin-
dung des Melinitis an. In dem ihm unter dem
9. März gewordenen Entschiede heißt es nun, daß
dieser Stoff nur dienen könne „zu wahnwörtiger
Zerstörung, wie solche von den verbrecherischen
Feinden jeder sozialen Ordnung oder von hinter-
brannten Parteigängern im Bürgerkriege vorge-
nommen werden, daß er aber niemals ernsthafte
Verwendung finden könne bei den planvollen und
methodischen Zerstörungen, die allein in einem
regulären Kriege vorkommen dürfen“. Eine alte
Regel sagt, daß man niemals „niemals“ sagen
soll, sie bestätigt sich auch hier, denn bereits im
Jahre 1887 gehörte das Melinitis zu den größten
Erfindungen der französischen Kriegerwelt!
Dieses Verfahren der französischen Kriegsverwal-
tung gegenüber der ersten Erfindung Turpins er-
innert so lebhaft an die jetzt von General Mercier
beobachtete Haltung, die Verdienste des Erfinders
— von dem Charakter des Mannes kann und
muß dabei abgesehen werden — unter Null herab-
zusetzen, daß es angezeigt erscheint, hier ein Ur-
theil zu wiederholen, das im Jahre 1891 bei Ge-
legenheit des Prozesses gegen den Mann ein her-
vorragender Sachkenner über Turpin gefaßt hat.
Er schrieb in der „Kölnischen Zeitung“: „Der
Turpin ist ein bedeutender Chemiker und ein
Vahnbrecher auf dem Gebiete der praktischen Ver-
wertung der Chemie. Die Erfindung des
miniermördernden Melinitis wird den Namen
Turpin der Nachwelt überliefern. Er ist sicher
der Erfinder dieses Mordmittels, wenn auch die
Pitrimsäure als solche schon fast 100 Jahre be-
kannt war. Die Behauptung, daß alle Fach-
männer erklärt hätten, die Pitrimsäure enthalte
nur die Hälfte des zur völligen Verbrennung
notwendigen Sauerstoffs, wird wohl ohne Wider-
spruch bleiben. Die Erfindung des Herrn
Turpin beruht nun einmal in der richtigen
Erkenntnis der hohen Explosionsfähigkeit der reinen
Pitrimsäure und dann vor allem in der höchst
glücklichen Zusammenstellung, mit welcher er den
unheimlichen Stoff ganz ungefahrlich zur Ver-
arbeitung gelangen läßt, die Entzündungsfähigkeit
desselben herstellt und bewirkt, daß die Entzün-
dungsart erst die Ausnützung des Sprengstoffes in
dem Augenblick der größten Ausdehnungsfähigkeit
gestattet.“ Man sollte sagen, daß die französische
Kriegsverwaltung durch die Erfahrung gewisig
wäre, und einem Manne gegenüber, der in seinem
schaffungsreichen Zerstörungssinn einmal solches
geleistet, nicht zum zweiten Male „niemals“ sagen
würde, es sei denn, daß sie seine Erfindung ge-
prüft, was nicht der Fall ist, oder wenn sie Be-
weise dafür hätte, daß der Mann dem Verfol-
gungs- und dem ihn oft begleitenden Größenwahn
verfallen sei. Da bis jetzt auch diese Beweise
fehlen, so wird man abwarten müssen, wie die
Sache sich weiter entwickelt.

Paris, 2. Juni. Die Deputirtenkammer
wählte Burdeau mit 201 Stimmen zum Vice-
präsidenten.
Der neue Minister des Auswärtigen, Hano-
teaux, ist noch ein jüngerer Mann, Ende der
Dreißiger, und im Besitze ausgezeichneter Resor-
tentumt. Er fand zuerst unter Jules Ferry im
Auswärtigen Dienst als Privatsekretär Verwen-
dung und war an der Abfassung des französisch-
belgischen Kriegsvertrages hervorragend betheilig.
Wenn Herr Dupuy in den afrikanischen Angelegen-
heiten jetzt straffere Seiten aufzusuchen gewillt sein
sollte, so hat er in Herrn Hanoteaux einen eben-
so energischen als kenntnisreichen Beistand. Ein
Londoner Blatt wittert in dem jetzigen Chef der
französischen Auslandsmission schon den Geber einer
künftigen Ministerkonstellation und empfiehlt ihn
der Aufmerksamkeit englischer Politiker nun so
mehr, als aller Voraussicht nach dem Kabinett
Dupuy keine lange Lebensdauer beschieden sein
wird.

Der bisherige Unterdirektor für Handel und
Konstitute Bompard ist an Stelle Hanoteaux zum
Direktor dieses Ressort ernannt worden.
Im Ministerrathe flüchtete der Kriegsminister
Mercier an die Kommission zur Prüfung von
Erfindungen, die sich auf die nationale Vertheidi-
gung beziehen, würde demnach einer Reorganisa-
tion unterzogen werden. In die Kommission wür-
den auch zahlreiche Kapazitäten der wissenschaft-
lichen Welt gewählt werden.

Italien.

Der „Egbertes“ in Pest veröffentlicht eine
Unterredung seines römischen Vertreters mit
Crispi, die Aufsehen macht. Angeblich soll Crispi,
während er in Anbetrachten des höchsten Lobes
über Minister Weleke und die ungarische liberale
Reichstagsmehrheit als Stütze des Dreibundes
sprach, noch Folgendes geäußert haben:

„Ich, der ich Oesterreich kenne, weiß Welekes
Charakterstärke am meisten zu würdigen. Wie
impertinent die Wiener höffische Reaktion auftritt,
habe ich an mir selber erfahren, als ich auf Wien
langen Bismarcks zum ersten Male nach Wien
ging. Kaiser Franz Josef lud mich zum Mahle
ein. Als ich beim Cercle zwei tonangebenden
Erzherzoginnen vorgestellt wurde, sagte mir die
eine: „Wie lange wird die Reichthum des
Papstes im Vatikan dauern?“ Ich antwortete:
„Wir bieten Alles auf, damit Er. Heiligkeit
nichts abgibt; unsere Soldaten wachen Tag und
Nacht, damit das Volk den Papst nicht be-

leibe.“ Die andere Erzherzogin begann die
Unterhaltung: „Die italienische Einheit ist ein
Pflingstkind!“ Ich verbeugte mich stumm
und ging. Das offizöse „Fremdenblatt“ und
klerikale Blätter schrieben, ich sei ein Komödiant.
Nach solchen persönlichen Anstößen würde Jeder
verzagt, daß das Ziel Bismarcks möglich sei,
nämlich Italiens Allianz mit Oesterreich-Ungarn.
Ganz bestimmt ging ich folgenden Tages
zur Audienz zum Kaiser. Ich überzeugte mich
jedoch bald, daß Kaiser Josef ein konstitutioneller
Herrscher ist, während am Hofe der alte
absolutistische Geist herrscht. Wenn schon der
Minister des Aeußeren einer fremden Macht
zu empfangen wird, ist leicht zu errathen,
was Weleke ansieht. Mit seiner Ansdauer
hat Weleke nicht bloß Ungarn, sondern auch
dem Dreibund einen Dienst erwiesen. Denken
wir uns nur in Ungarn eine jesuitische Re-
gierung nebst entsprechender Mehrheit. In diesem
Falle könne der Bund mit Oesterreich-Ungarn
nur pro forma bestehen, und ich würde dem
deutschen Kaiser offen stehen, daß Italien eher
zu dem radikalen Frankreich neigt, als zu dem
reaktionären Oesterreich. Unter solchen Umstän-
den würde meiner Ueberzeugung nach auch das
intime Verhältnis zu Deutschland erkalten, und
der deutsche Kaiser würde sich Rußland nähern.
Darum ist der gesammte Dreibund Weleke Dant
schuldig.“

Rom, 2. Juni. Bei der heutigen Abstim-
mung in der Deputirtenkammer stimmten zu
Gunsten der Regierung die beiden Zentren, ein
Theil der Rechten, die äußerste und die legalitäre
Linke. Unter den Abgeordneten, welche für die
Regierung stimmten, befanden sich Schimiri,
Coppino, Damiani, Fortis, Miceli, Morbini und
Belloni. Gegen die Regierung stimmten u. A.:
Bovio, Branca, Casavolli, D'Arco, Rubini,
Luigi Ferrari, Giolitti, Smbiani, Vacca, Fer-
dinando Martini, Bacchelli und Zanardelli.

Rom, 3. Juni. In der verflochtenen Nacht
wurden hier einige zwanzig Anarchisten ver-
haftet.

Rom, 3. Juni. In der Regierung nahe-
stehenden Kreisen wird berichtet, der Minister-
präsident Crispi halte selbstverständlich an den von
der Regierung vorgeschlagenen Finanzmaßregeln
fest. Der gestern von ihm in der Kammer ein-
gebrachte Antrag bezwecke, von der Kammer eine
Reorganisation der Verwaltung und des Finanz-
wesens zu erlangen, die durch eine Vereinfachung
der öffentlichen Bureauz dem Staatsbudget be-
deutende Ersparnisse sichere.

Großbritannien und Irland.

Vor Kurzem wurde der englische Marine-
minister interpellirt, ob es richtig sei, daß in
Deutschland Torpedobote für die englische Flotte
in Bestellung gegeben worden wären. Hieran ist
folgende bemerkenswerthe Antwort ergangen. Von
einer deutschen Firma wurden im Frühjahr 1893
jogannante „Torpedobootenrichter“ gekauft und
eingehender Proben unterzogen. Diese Proben
übertrafen alle Erwartungen, so daß neue Boote
bestellt wurden. Demgemäß liefert die deutsche
Firma (es ist Schichau gemeint) 60 Boote zu je
20 000 Mark, die Boote sind patentirt und diese-
halb mit dem deutschen Firmenzeichen versehen, eine
andere Inschrift werde voraussichtlich nicht ange-
bracht werden. „Sollten größere Bestellungen er-
forderlich werden, so werde die Admiralität sich
bemühen, diese Aufträge dem eigenen Lande zuzu-
wenden. Es sei aber ihre Pflicht, die besten Ein-
richtungen und Erfindungen, gleichgültig ob sie
englischen oder ausländischen Ursprungs wären,
für ihrer Majestät Flotte zu verwerten.“ Die
Zuwendung der Aufträge an Fabrikanten Eng-
lands habe wohl den Patentankauf zur Vor-
bedingung.

Rußland.

Petersburg, 3. Juni. Der Abschluß des
russisch-spanischen Handelsvertrages wird binnen
Kurzem erwartet.

Petersburg, 31. Mai. Im vergangenen
Herbste war, wie bekannt, im Donez-Bassin eine
Kohlenkrise ausgebrochen, welche die Preise auf
Kohle nicht nur beträchtlich erhöhte, sondern auch
die Lieferungen für Eisenbahnen, Dampfschiffe und
Privatpersonen erschwerte. Von Seiten der Re-
gierung und der interessirten Kreise wurden da-
mals verschiedene Maßregeln ergriffen, um
wenigstens die ärmern Bevölkerungslagen in den
Städten vor Mangel an Heizmaterial sicher zu
stellen. Gegen die Bergwerkbefitzer wandte sich
die allgemeine Erbitterung, weil man denselben
zur Last legte, daß sie absichtlich die Kohlen hin-
ziehen, um höhere Preise zu erzielen. Wie dem
auch sei, jedenfalls haben die Grubenbefitzer in
der letzten Zeit sehr eifrig an der Herstellung
neuer Schachte arbeiten lassen, welche die Aus-
beute des gesammten Donez-Bassins beträchtlich
erhöhen werden. So hat die „sibirische Kohlen-
gesellschaft“ neue Gruben in Betrieb genommen,
welche eine jährliche Ausbeute von 12 bis 15
Millionen Pnd versprechen, und in ähnlicher Weise
find andere Gesellschaften vorgegangen. Es sind
ferner bequeme und fahrbare Wege zu den Kohlen-
gruben hergestellt worden, an denen es bisher sehr
mangelte, und endlich hat man etwa 400 neue
Kohlenfelder moderner Konstruktion gebaut. Die
Ausbeute der Bergwerke wird, so veranschlagt
man, in diesem Jahre schon um 33 Prozent
steigen. Der Bedarfs Sibirischlands an Kohlen be-
trägt etwa 347 Wagenladungen, und man rechnet
darauf, daß die Ausbeute jetzt deren 393 000 be-
tragen wird.

Die Petersburger „Börsezeitung“ hatte be-
kanntlich vor einigen Tagen das Gerücht ver-
breitet, daß ein Gesetz in Verathung stehe, demzufolge
dem finnlandischen Senat und Landtag in Zu-
kunft nur beratende Stimme verbleiben solle.
Würde dieser Fall eintreten, so wäre die Sonder-
stellung Finnlands endgiltig vernichtet. Und doch
hat Finnland gerade während der Zeit seiner
Selbstständigkeit einen ungewöhnlichen Aufschwung
genommen, wie ein Blick auf das finnlandische
Staatsbudget und einige Verwaltungszweige lehrt.
Im Jahre 1864 wies das damalige Staatsbudget
die Summe von 16½ Millionen Mark auf und
gegenwärtig beträgt es 31 Millionen. Die fin-
nischen Wälder waren ursprünglich nur 440 000
Märk ab, gegenwärtig amähernd 1 700 000 Märk.
Die Zolleinnahmen sind von 6 172 000 Märk auf
über 16 Millionen gestiegen. Für das Militär
wurden im Jahre 1864 2 Millionen veranschlagt,
gegenwärtig über 7 Millionen. Das Schulhaushalt
verlangt über 2 Millionen Märk gegen 712 682
Märk im Jahre 1864. Es liegen sich noch meh-
rere Posten aufzählen, aus denen man ersieht

u. B., per Juni 11,87 B., per Juli-August
11,87 B., per September-Dezember 12,00 B. —
Ruhig.
Antwerpen, 2. Juni. Getreide markt.
Weizen weidend. Roggen ruhig. Hafer
ruhig. Gerste ruhig.
Paris, 2. Juni, Nachm. Getreide-
markt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per
Juni 18,30, per Juli 18,45, per Juli-August
18,50, per September-Dezember 18,70. Rog-
gen ruhig, per Juni 12,60, per September-
Dezember 12,50. Weizen ruhig, per Juni 33,30,
per Juli 33,55, per Juli-August 33,80, per Sep-
tember-Dezember 33,40. Rüböl beh., per Sep-
tember-Dezember 44,25, per Juli-August 44,75,
per September-Dezember 46,00. Spiritus
matt, per Juni 31,75, per Juli 32,00, per
Juli-August 32,00, per September-Dezember
32,50. — Wetter: Fels.
Paris, 2. Juni, Nachmittags. Roh-
zucker (Schlußbericht) matt, 88%, loco 30,25
bis 30,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3
per 100 Kilogramm per Juni 31,25, per Juli-
August 31,25, per September-Dezember 31,25,
per Oktober-November 30,87 1/2.
Hamburg, 2. Juni, Vorm. 10 Uhr 30 Minuten.
Telegraph der Hamburger Firma Peitmann

per Juni 96,50, per September 92,50, per
Dezember 87,50. **Ruhig.**
London. 2. Juni. 96prozentiger Sav
zuder loco 14,00, ruhig. Rübenro
zuder loco 11,62, ruhig. Centrifugal
Zuckzuder —.
London. 2. Juni. An der Küste 13 Weizen
ladungen angeboten. — Wetter: Regenschauer.
Newyork. 2. Juni. (Anfangs' Course.
petroleum. Pipe line certificates per Juli

	Newyork, 2 Juni, Abends 6 Uhr.	2.	1.
50	Baumwolle in Newyork . . .	77 ¹⁸ / ₁₆	7,25
ber	do. in Neworleans . . .	7,12	7,12
ber	Petroleum matt, Rother . . .	6,00	6,00
100	Standard white in Newyork . . .	5,15	5,15
	do. in Philadelphia . . .	5,10	5,10
ber	Pipe line certificates . . .	87,50	87,50
ber	Sch wals Western steam . . .	7,00	7,10
	do. Lieferung per Juni . . .	7,05	7,05
	Zucker Fair refining Mosco- vados . . .	2,37	2,37
	Weizen beh., Rother Win- ter loto . . .	56,87	56,25
	per Juni . . .	56,50	56,25
	per Juli . . .	57,62	57,37
	per August . . .	—	58,62

per September	35,97	36,12
Kaffee Rio Nr. 7 solo	15,75	15,75
per Juli	14,80	14,80
per September	13,85	13,90
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,10	2,10
Maïs beh., per Juni	42,62	42,62
per Juli	43,25	43,25
per September	44,25	44,37
Rußj.: höchster Preis	9,25	9,25
Getreidefracht nach Liverpool	1,00	1,00
Chicago, 2. Juni.		
	2.	1.
	52,25	52,19

per September	57,12	56,75
Mais beh. per Zuli	37,87	37,87
Bort per Zuli	11,72½	11,82½
Spec Bort clear	nom.	nom.

Wasserstand.

Stettin, 4. Juni. Im Revier 17 Fuß
 1 Zoll = 5,37 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 4. Juni. Alle Versuche des Grafen Khevenhüller, ein neues Kabinett zu bilden, sind definitiv gescheitert und wurde dies dem Kaiser telegraphisch mitgetheilt. Der Kaiser, welcher gestern Abend 8 Uhr von Wien abgereist ist, trifft heute früh hier ein. Man erwartet, daß Beldere zur Audienz befohlen und mit der Bildung des Kabinetts betraut werden wird. Sollte nicht der Fall sein, dürfte ein klerikal-gesährbtes Ministerium mit Szarany und Apponyi an die Spitze berufen werden, welches alsdann sofort die Kammer auflösen würde. Die Situation ist außerordentlich gespannt.

Paris, 4. Juni. Die gestrige revolutionäre Kundgebung auf dem Place Vendôme ist wie die am vorigen Sonntag ganz gescheitert. Etwa 30 Sozialisten, darunter 2 Abgeordnete hatten sich am Eingange des Friedhofes versammelt. Als sie sahen, daß das Eindringen in den Friedhof unmöglich, beschloßen sie, mit den Grünen einen Un-

Das „Journal“ meldet, daß in Brüssel eine Gesellschaft gebildet, die mit Hilfe einer Antwerpener und einer Brüsseler Bank 2 Millionen Franks aufgebracht hat, um die nördliche Erfindung Turpins auszubenten. Turpin erhält 25 000 Franks, um sofort Versuche mit seiner Erfindung anzustellen. Ein Belgier und Engländer werden die geschäftliche Direktion übernehmen. Die neue Waffe wird in Seraing auf den besten Werten von Degmille hergestellt.

Der Abgeordnete Deloncle brachte in der Kammer einen Vorschlag vor, nach welcher ein Kredit von 5 Millionen Franks zur Armee

Parl. 4 Juni Die Sozialisten hielten

gestern Abend eine sehr stürmische Sitzung ab und schloß das Gedächtnisfest der Revolution. Als ein Redner antwortete: „Es lebe die Anarchie!“ wurde er von der Versammlung aus dem Saale ausgewiesen.

Der Abgeordnete Pascal Grosset, welcher den nächsten Tagen den Kriegsminister bezüglich der neuerlich im „Figaro“ erschienenen Artikel über die Abrüstung interpelliren wird, erklärt, daß er Beweise dafür habe, daß die Artikel wirklich von einem aktiven General geschrieben seien.

London, 4. Juni. Die beiden Soldaten Daniel und Wolfson, welche während des Matabele-Krieges die Waise des Königs Sobengula unterzogen haben, wurden gestern zu 14 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt.

Sofia, 4. Juni. Gestern fanden wiederum

zurücktreten in der Stadt vielerlei Gerüchte, welche sich zwar noch nicht bestätigt haben, aber außerordentliche Unruhe hervorgerufen. Unter Anderem heißt es, daß das frühere Kabinets Stambulow in Ansehung des Zustandes verjagt werden soll. Das Regiments Stambulows „Swoboda“ ist seit Dienstag nicht mehr erschienen.

Schutzmittel.
Special-Preisliste versendet in geschloss. Couvert ohne Firma gegen Einsendung von 20 S. in Mark.
W. H. Mielek, Frankfurt a/M.